

Objekttyp: **Issue**

Zeitschrift: **Schweizerisches Handelsamtsblatt = Feuille officielle suisse du commerce = Foglio ufficiale svizzero di commercio**

Band (Jahr): **35 (1917)**

Heft 30

PDF erstellt am: **21.09.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

<http://www.e-periodica.ch>

Bern
Dienstag, 6. Februar
1917

Schweizerisches Handelsamtsblatt

Berne
Mardi, 6 février
1917

Feuille officielle suisse du commerce · Foglio ufficiale svizzero di commercio

Erscheint 1—2 mal täglich

XXXV. Jahrgang — XXXV^{me} année

Paraît 1 ou 2 fois par jour

Redaktion u. Administration im Schweizerischen Politischen Departement — Abonnemente:
Schweiz: Jährlich Fr. 12.20, halbjährlich Fr. 6.20 — Ausland: Zuschlag des Porto — Es kann
nur bei der Post abbestellt werden — Preis einzelner Nummern 15 Cts. — Annoncen-Regie:
Publicitas A. G. — Insertionspreis: 30 Cts. die fünfgespaltene Petitzeile (Ausland 40 Cts.)

N^o 30

Rédaction et Administration au Département politique suisse — Abonnements:
Suisse: un an fr. 12.20, un semestre fr. 6.20 — Etranger: Plus frais de port — On s'abonne
exclusivement aux offices postaux — Prix du numéro 15 cts. — Régie des annonces:
Publicitas S. A. — Prix d'insertion: 30 cts. la ligne (pour l'étranger 40 cts.)

Inhalt: Abhanden gekommene Werttitel. — Verwendung von Backmehl und Handel mit Backmehl. — Verkauf von frischem Brot. — Lebensmittelankauf.
Sommaire: Titres disparus. — France: Interdiction d'exportation. — Remise de denrées monopolisées par l'entremise des cantons. — Dispositions d'exécution pour l'arrêté du Conseil fédéral du 2 février 1917 concernant la remise de denrées monopolisées par l'entremise des cantons. — L'usage et le commerce de la farine panifiable. — Vente du pain frais. — Achat des denrées alimentaires.

Amtlicher Teil — Partie officielle — Parte ufficiale

Abhanden gekommene Werttitel — Titres disparus — Titoli smarriti

Der unbekannte Inhaber der a) 15 Talons zu den Obligationen 3½ % Schweiz. Bundesbahnen 1899/02, Nr. 456680/94; der 15 Coupons vom 31. Dezember 1914 dieser Obligationen; b) der Coupons per 15. November 1914, 15. Mai und 15. November 1915 der 10 Obligationen, 3 % diff. Schweiz. Bundesbahnen 1903 Nr. 133750/59 wird hiermit aufgefördert diese Talons und Coupons innert drei Jahren, von der ersten Veröffentlichung hinweg, dem unterzeichneten Richter auszuhändigen, ansonst sie kraftlos erklärt werden.

Bern, den 4. Januar 1917.

(W 47)

Der Gerichtspräsident III: Wäber.

Der unbekannte Inhaber der folgenden Titel: a) 6 Obligationen 3 % Schweiz. Eisenbahnrente 1890 lit. a, Nr. 39, 40, 11616, 12557, 25862, 25863, b) 19 Obligationen 3½ % Schweiz. Bundesbahnen 1899/02, Nr. 56377/9, 56386, c) 19 Obligationen 3½ % Schweiz. Bundesbahnen 1899/02, Nr. 56377/9, 56386, 72235, 150682, 159392/5, 210735, 295903, 386765, 476087/91; d) 9 Obligationen 3½ % Schweiz. Bundesbahnen 1910 Nr. 99621/5, 122121/4 wird hiermit aufgefördert diese Titel samt Coupons innert drei Jahren, vom Tage der ersten Veröffentlichung hinweg, dem unterzeichneten Richter auszuhändigen, ansonst sie kraftlos erklärt werden.

Bern, den 3. Januar 1917.

(W 48)

Der Gerichtspräsident III: Wäber.

Der unbekannte Inhaber der folgenden 30 Obligationen 3½ % Schweiz. Bundesbahnen 1899/02: Serie C., Nr. 110302; Serie D., Nrn. 195386/8; Serie E., Nrn. 209869/72, 225193/4; Serie F., Nrn. 275527/31, wird hiermit aufgefördert, innert 3 Jahren, vom Tage der ersten Veröffentlichung an gerechnet, diese Titel nebst Coupons dem unterzeichneten Richter auszuhändigen, ansonst sie kraftlos erklärt werden.

Bern, den 3. Januar 1917.

(W 60)

Der Gerichtspräsident III: Wäber.

Der unbekannte Inhaber der folgenden Obligationen: a) 2 Obligationen 4 % Berner Alpenbahnen 1912 (I. Hypothek), Nrn. 4685/6; b) 1 Obligation 4 % Berner Alpenbahnen 1912 (II. Hypothek), Nr. 40789, wird hiermit aufgefördert, diese Titel samt Coupons innert der Frist von 3 Jahren, von der ersten Veröffentlichung hinweg, dem unterzeichneten Richter auszuhändigen, ansonst sie kraftlos erklärt werden.

Bern, den 3. Januar 1917.

(W 61)

Der Gerichtspräsident III: Wäber.

Der unbekannte Inhaber der folgenden Obligationen 3½ % Gotthard 1895, lit. A, Nrn. 3801/02, 3812/42, 25401/04, 25454/59, 26120/22, 36332, 39300/19, 65548/50; lit. B, Nrn. 14029, 1570/74, 66717/30, wird hiermit aufgefördert, diese Titel samt Coupon innert der Frist von 3 Jahren, vom Tage der ersten Veröffentlichung hinweg, dem unterzeichneten Richter auszuhändigen, ansonst sie kraftlos erklärt werden.

Bern, den 4. Januar 1917.

(W 62)

Der Gerichtspräsident III: Wäber.

Der unbekannte Inhaber der: a) 23 Obligationen 3½ % Schweiz. Bundesbahnen 1899/02, Nrn. 79547, 122179/81, 21401/12, 232092, 269916/17, 362692, 381782/91, 409252/54; b) 2 Obligationen 3½ % Schweiz. Bundesbahnen 1910, Serie I, Nrn. 82420/21, wird hiermit aufgefördert, diese Titel nebst Coupons innert 3 Jahren, vom Tage der ersten Veröffentlichung hinweg, dem unterzeichneten Richter auszuhändigen, ansonst sie kraftlos erklärt werden.

Bern, den 4. Januar 1917.

(W 63)

Der Gerichtspräsident III: Wäber.

Der unbekannte Inhaber der 2 Obligationen 3½ % Schweiz. Bundesbahnen 1899/02, Nrn. 52095/96, wird hiermit aufgefördert, diese Titel nebst Coupons dem unterzeichneten Richter innert 3 Jahren, vom Tage der ersten Veröffentlichung hinweg, auszuhändigen, ansonst deren Amortisation erfolgt.

Bern, den 4. Januar 1917.

(W 64)

Der Gerichtspräsident III: Wäber.

Der unbekannte Inhaber der 2 Obligationen 3 % diff. Schweiz. Bundesbahnen 1903, Nrn. 65000/01, wird hiermit aufgefördert, diese Titel nebst Coupons dem unterzeichneten Richter innert 3 Jahren, vom Tage der ersten Veröffentlichung hinweg, auszuhändigen, ansonst deren Amortisation erfolgt.

Bern, den 7. Januar 1917.

(W 65)

Der Gerichtspräsident III: Wäber.

Der unbekannte Inhaber der Obligation 3½ % Schweiz. Bundesbahnen 1899/02, Nr. 213238, wird hiermit aufgefördert, diesen Titel nebst Coupons innert 3 Jahren, vom Tage der ersten Veröffentlichung hinweg, dem unterzeichneten Richter auszuhändigen, ansonst er kraftlos erklärt wird.

Bern, den 9. Januar 1917.

(W 66)

Der Gerichtspräsident III: Wäber.

Der unbekanntete Inhaber der 15 Obligationen 3½ % Schweiz. Bundesbahnen 1910, Serie I, Nrn. 121549/63, wird hiermit aufgefördert, diese Titel nebst Coupons dem unterzeichneten Richter innert 3 Jahren, seit der 1. Veröffentlichung an gerechnet, auszuhändigen, ansonst sie kraftlos erklärt werden.

Bern, den 9. Januar 1917.

(W 67)

Der Gerichtspräsident III: Wäber.

Der unbekanntete Inhaber der 3 Obligationen 3½ % Schweiz. Bundesbahnen 1899/02, Nrn. 288503/505, wird hiermit aufgefördert, innert 3 Jahren, vom Tage der ersten Veröffentlichung hinweg, diese Titel nebst Coupons dem unterzeichneten Richter auszuhändigen, ansonst sie kraftlos erklärt werden.

Bern, den 15. Januar 1917.

(W 68)

Der Gerichtspräsident III: Wäber.

Der unbekanntete Inhaber der 6 Obligationen zu Fr. 1000 3½ % Schweiz. Bundesbahnen 1899/02, Nrn. 90371, 221410, 396884/85, 52442/43, wird hiermit aufgefördert, innert 3 Jahren, vom Tage der ersten Veröffentlichung hinweg, diese Titel nebst Coupons dem unterzeichneten Richter auszuhändigen, ansonst sie kraftlos erklärt werden.

Bern, den 16. Januar 1917.

(W 69)

Der Gerichtspräsident III: Wäber.

Der unbekanntete Inhaber der 3 Obligationen 3½ % Schweiz. Bundesbahnen 1899/02, Nrn. 394958, 470741, 434231, wird hiermit aufgefördert, diese Titel nebst Coupons dem unterzeichneten Richter innert 3 Jahren, vom Tage der ersten Veröffentlichung hinweg, auszuhändigen, ansonst sie kraftlos erklärt werden.

Bern, den 16. Januar 1917.

(W 70)

Der Gerichtspräsident III: Wäber.

Der unbekanntete Inhaber der: a) 114 Obligationen 3½ % Gotthardbahn 1895, lit. A, Nrn. 40907/22, 41971/75, 45508/11, 48602/06, 49779/83, 51888/94, 53067/69, 53434/441, 54554, 57173/79, 62555/74, 63172, 63180, 76002, 77928/37, 78921/31, 80849, 80850, 81164, 81541, 82861, 82862, 89568/70; b) 41 Obligationen 3½ % Gotthardbahn 1895, lit. B, Nrn. 2437/43, 4864/69, 4955/56, 20612/16, 30249/53, 37052/53, 41315, 41445/47, 42631/33, 43183/86, 70991/93; c) 185 Obligationen 3 % diff. Schweiz. Bundesbahnen 1903, Nrn. 205845/48, 206595/644, 207641/710, 207761/800, 252454/59, 252497/500, 255945/54, 263939, wird hiermit aufgefördert, innert 3 Jahren, vom Tage der ersten Veröffentlichung hinweg, diese Titel nebst Coupons dem unterzeichneten Richter auszuhändigen, ansonst sie kraftlos erklärt werden.

Bern, den 17. Januar 1917.

(W 71)

Der Gerichtspräsident III: Wäber.

Der unbekanntete Inhaber der nachfolgenden 13 privilegierten Aktien der Berner Alpenbahn Gesellschaft A. G., Nrn. 20133 bis 20135, 21445, 20269/70, 25463/4, 12282, 10660/61, 17115/6, wird hiermit aufgefördert, innert der Frist von drei Jahren, vom Tage der ersten Veröffentlichung an gerechnet, diese Titel samt Coupons dem unterzeichneten Richter einzuhändigen.

Bern, den 23. September 1916.

(W 100)

Der Gerichtspräsident III: Wäber.

Der unbekanntete Inhaber der Titel:
a) 4 Obligationen 3 % Staat Bern 1897, Nrn. 21489/90, 94430/31;
b) 4 Obligationen 3½ % Staat Bern, 1899, Nrn. 9443/45, 17978,
wird hiermit aufgefördert, diese Titel nebst Coupons innert drei Jahren, vom Tage der ersten Veröffentlichung an, dem unterzeichneten Richter auszuhändigen, ansonst sie kraftlos erklärt werden.

Bern, den 18. Januar 1917.

(W 101)

Der Gerichtspräsident III: Wäber.

Der unbekanntete Inhaber der folgenden Titel:
a) 1 Obligation 3½ % Schweizerische Bundesbahnen 1910, Serie I, Nr. 124533;
b) 6 Obligationen 3 % Staat Bern 1897, Nrn. 33243/48,
wird hiermit aufgefördert, diese Titel nebst Coupons innert drei Jahren, vom Tage der ersten Veröffentlichung an, dem unterzeichneten Richter auszuhändigen, ansonst sie kraftlos erklärt werden.

Bern, den 18. Januar 1917.

(W 102)

Der Gerichtspräsident III: Wäber.

Der unbekanntete Inhaber der 5 Obligationen 3½ % Schweizerische Bundesbahnen 1899/02, Serie B, Nr. 91443, Serie K, Nrn. 498031/34, wird hiermit aufgefördert, innert drei Jahren, vom Tage der ersten Veröffentlichung hinweg, diese Titel nebst Coupons dem unterzeichneten Richter auszuhändigen, ansonst sie kraftlos erklärt werden.

Bern, den 29. Januar 1917.

(W 103)

Der Gerichtspräsident III: Wäber.

Der unbekannte Inhaber der Mäntel zu den Obligationen 3½% Schweizerische Bundesbahnen 1899/02, Serie F, Nrn. 254087/88, wird hiermit aufgefordert, sie innert drei Jahren, vom Tage der ersten Bekanntmachung hinweg, dem unterzeichneten Richter auszuhändigen, ansonst sie kraftlos erklärt werden. (W 104^a)

Bern, den 29. Januar 1917.

Der Gerichtspräsident III: Wäber.

Der unbekannte Inhaber der Obligation 3½% Schweizerische Bundesbahnen 1902, Nr. 281829, wird hiermit aufgefordert, diesen Titel nebst Coupons innert drei Jahren, vom Tage der ersten Veröffentlichung hinweg, dem unterzeichneten Richter auszuhändigen, ansonst er kraftlos erklärt wird. (W 105^a)

Bern, den 29. Januar 1917.

Der Gerichtspräsident III: Wäber.

Der unbekannte Inhaber der 7 Obligationen 3% diff. Schweizerische Bundesbahnen 1903, Nrn. 39894/97, 122184/86, wird hiermit aufgefordert, innert drei Jahren, vom Tage der ersten Publikation hinweg, diese Titel nebst Coupons dem unterzeichneten Richter auszuhändigen, ansonst er kraftlos erklärt werden. (W 106^a)

Bern, den 29. Januar 1917.

Der Gerichtspräsident III: Wäber.

Der unbekannte Inhaber der Coupons, fällig auf 31. Dezember 1915, zu den 65 Obligationen 3½% Schweizerische Bundesbahnen 1899/02, Nrn. 117714, 124983/84, 189960, 189968/69, 206684, 232362/63, 327036/38, 333647, 339864, 472615, 206685, 323595/99, 363107/08, 390129/38, 397778/85, 397796/800, 461128/146, wird hiermit aufgefordert, diese Coupons bis 31. Dezember 1920 dem unterzeichneten Richter auszuhändigen, ansonst deren Betrag dem Gesuchsteller ausbezahlt werden. (W 107^a)

Bern, den 29. Januar 1917.

Der Gerichtspräsident III: Wäber.

Der von der Firma Ad. Bergner, Kunstschmiede und Eisenhoehbau, Waffenhof 9, in Bern, akzeptierte Wechsel von Fr. 2000 zugunsten des Stephan Mühlhausen, fällig am 1. September 1915, wird kraftlos erklärt. (W 108)

Bern, den 30. Januar 1917.

Der Gerichtspräsident III: Wäber.

Le président du tribunal civil du district de la Chaux-de-Fonds a prononcé l'annulation de la police d'assurance n° A b 2970, établie par la société Patria, à Bâle, et contractée par Pierre Roth, à la Chaux-de-Fonds, auprès de la Caisse Cantonale bernoise d'assurance à Berne, qui s'est fusionnée avec la société Patria, la police date du 1^{er} septembre 1890. (W 99)

Donné pour une publication dans la Feuille officielle suisse du commerce. (W 99)

La Chaux-de-Fonds, le 2 février 1917.

Le greffier du tribunal: H. Hoffmann.

Nichtamtlicher Teil — Partie non officielle — Parte non ufficiale

Verwendung von Backmehl und Handel mit Backmehl

(Bundesratsbeschluss vom 2. Februar 1917.)

Art. 1. Jede Verwendung von Backmehl zu andern Zwecken als zur Herstellung von menschlichen Nahrungsmitteln, namentlich die Verfütterung an Haustiere und die Verarbeitung zu Futtermitteln, ist verboten. Ebenso ist die Herstellung von Teigwaren aus Backmehl verboten.

Ausnahmsweise und in wohlbegründeten Fällen ist das schweizerische Militärdepartement befugt, Bewilligungen zu anderer Verwendung zu erteilen.

Art. 2. Die Mühlen, die vom Bunde Getreidé beziehen, dürfen Backmehl nur an Bäckereien und Konditoreien abgeben, und zwar muss die Abgabe auf Verlangen der Käufer in Mengen von 100 kg und darüber gesehen.

Für Lieferungen von Backmehl an andere Bezüger haben die Mühlen eine Bewilligung des Oberkriegskommissariats zu erwirken.

Art. 3. Der Handel mit Backmehl ist nur mit Bewilligung des Oberkriegskommissariats gestattet. Diejenigen, welche eine bezügliche Bewilligung erhalten, sind verpflichtet, über den Mehlverkehr ordnungsgemäss Bücher zu führen und den Kontrollorganen darüber Aufschluss zu geben. Sie dürfen Mehl nur an solche Bezüger abgeben, die sich verpflichten, dasselbe nicht vorschriftswidrig zu verwenden.

Die Bewilligung wird in der Regel nur an solche Händler, Genossenschaften, Bäckereien oder Konditoreien erteilt, welche schon bisher regelmässig den Handel mit Backmehl betrieben haben.

Art. 4. Keine Bewilligung ist erforderlich für den Mehlverkauf im Kleinhandel; dagegen dürfen bei diesem Verkaufe auf einmal und an einen denselben Bezüger nicht mehr als 2 kg Mehl abgegeben werden.

Art. 5. Zuwiderhandlungen gegen die Bestimmungen dieses Beschlusses oder gegen allfällige, noch vom schweizerischen Militärdepartement zu erlassende Vollzugsvorschriften, werden mit Busse von Fr. 25 bis zu Fr. 10,000 oder mit Gefängnis bis zu drei Monaten bestraft. Die beiden Strafen können verbunden werden.

Als Täter sind Verkäufer und Käufer strafbar.

Die Verfolgung und Beurteilung dieser Uebertretungen liegt den kantonalen Gerichten ob. Der erste Abschnitt des Bundesgesetzes vom 4. Februar 1853 über das Bundesstrafrecht der schweizerischen Eidgenossenschaft findet Anwendung.

Art. 6. Das schweizerische Militärdepartement kann Fehlbaren die Lieferung von Bundesweizen und die Bewilligung zum Handel mit Backmehl entziehen. Diese administrative Massregelung ist unabhängig vom Strafverfahren gemäss Art. 5 hiervor.

Gegen derartige Verfügungen des schweizerischen Militärdepartements kann innerhalb 3 Tagen nach schriftlicher Eröffnung Rekurs beim schweizerischen Bundesrat eingereicht werden.

Der schweizerische Bundesrat entscheidet endgültig.

Art. 7. Die Kantone sind verpflichtet, die Ausführung dieses Beschlusses zu kontrollieren.

Art. 8. Vorstehender Beschluss tritt am 5. Februar 1917 in Kraft. Das schweizerische Militärdepartement ist mit dessen Vollzug beauftragt.

Verkauf von frischem Brot

(Bundesratsbeschluss vom 2. Februar 1917.)

Art. 1. Es ist verboten, Brot und Kleinbrot mit Einschluss jedes Hefebäcks (Kuchen ausgenommen) an dem Tage in den Verkehr oder zum Verkauf oder überhaupt zur Abgabe zu bringen, an dem es gebacken wurde.

Art. 2. In sämtlichen Bäckereien und Konditoreien, einschliesslich Nebenbetrieben, wie Hotel- und Anstaltsbäckereien, dürfen von abends 11 Uhr bis morgens 7 Uhr — und zwar auch vom Samstag auf Sonntag — keinerlei Arbeiten ausgeführt werden, welche auf die Herstellung von Backwaren jeder Art Bezug haben.

In dringenden Fällen ist das schweizerische Oberkriegskommissariat ermächtigt, ausnahmsweise die Zeit des Arbeitsunterbruehes von 8 Stunden zu verschieben oder zu verkürzen.

Art. 3. Den in Art. 2 genannten Betrieben ist die Arbeit an Sonn- und Feiertagen von morgens 7 Uhr bis abends 11 Uhr grundsätzlich gestattet, soweit dies zur Deckung des Brotdarfes für den folgenden Tag nötig ist.

Die Kantonsregierungen sind ermächtigt, bezügliche Vorschriften zu erlassen.

Art. 4. Das am betreffenden Tage erstellte Brot, Kleinbrot und Hefebäck muss von dem am Vortage oder früher erstellten sichtbar getrennt aufbewahrt werden. In den Verkaufsläden darf Brot, Kleinbrot und Hefebäck an dem Tage, an welchem es erstellt wurde, nicht zur Auslage kommen.

Art. 5. Die Bäcker sind verpflichtet, den Kontrollorganen unbeschränkten Zutritt zu ihren Betrieben zu gewähren und jede sachdienliche Auskunft zu erteilen.

Art. 6. Die Kontrolle über die Ausführung dieses Beschlusses ist Sache der kantonalen Behörden. Diese sind verpflichtet, eine ständige und strenge Kontrolle auszuüben.

Art. 7. Zuwiderhandlungen gegen die Bestimmungen dieses Beschlusses oder gegen allfällige noch vom schweizerischen Militärdepartement zu erlassende Vollzugsvorschriften werden mit Busse von Fr. 25 bis zu Fr. 10,000 oder mit Gefängnis bis zu 3 Monaten bestraft. Die beiden Strafen können verbunden werden.

Die Verfolgung und Beurteilung der Uebertretungen liegt den kantonalen Behörden ob. Der erste Abschnitt des Bundesgesetzes vom 4. Februar 1853 über das Bundesstrafrecht der schweizerischen Eidgenossenschaft findet Anwendung.

Art. 8. Das schweizerische Militärdepartement kann Zuwiderhandlungen auf kürzere oder längere Zeit die Lieferung von Mehl ganz oder teilweise sperren. Diese administrative Massregelung ist unabhängig vom Strafverfahren gemäss Art. 7 hiervor.

Gegen derartige Verfügungen des schweizerischen Militärdepartements kann innerhalb 3 Tagen nach schriftlicher Eröffnung Rekurs beim schweizerischen Bundesrat eingereicht werden.

Der schweizerische Bundesrat entscheidet endgültig.

Art. 9. Vorstehender Beschluss tritt am 15. Februar 1917 in Kraft. Das schweizerische Militärdepartement ist mit dessen Vollzug beauftragt.

Während der Geltung dieser Verordnung treten die ihm widersprechenden Vorschriften des Bundes und der Kantone ausser Kraft.

Lebensmittelankauf

(Bundesratsbeschluss vom 2. Februar 1917.)

Art. 1. Wer Lebensmittel in einer seinen normalen laufenden Bedarf übersteigenden Menge aufkauft und anbaut, wer als Verkäufer solehen Aufkäufen wissentlich Vorschub leistet, wer den auf Grund von Art. 2 von den Kantonsregierungen aufgestellten Vorschriften zuwiderhandelt,

wird mit Busse bis auf Fr. 10,000 oder mit Gefängnis bis auf 3 Monate bestraft. Die beiden Strafen können verbunden werden.

Das Gericht kann die Konfiskation der aufgehäuften Waren aussprechen.

Der erste Abschnitt des Bundesgesetzes vom 4. Februar 1853 über das Bundesstrafrecht der schweizerischen Eidgenossenschaft findet Anwendung. Die Verfolgung und Beurteilung der Vergehen ist Sache der Kantone.

Art. 2. Die Kantonsregierungen sind verpflichtet, die Massregeln zu treffen, welche geeignet sind, den Aufkauf und das Anhäufen von Waren zu verhindern. Sie sollen insbesondere den Verkauf der Lebensmittel überwachen, die abgegebenen Mengen kontrollieren und Vorschriften aufstellen, um die Anlage ausserordentlicher Vorräte zu verhindern.

Art. 3. Dieser Beschluss tritt sofort in Kraft. Das Militär- und das Volkswirtschaftsdepartement sind mit dessen Vollzug beauftragt.

France — Interdictions d'exportation

A teneur d'un décret du 30 janvier 1917 sont prohibées, à partir du 1^{er} février, la sortie, ainsi que la réexportation en suite d'entrepôt, de dépôt, de transit et de transbordement, des produits énumérés ci-après:

Eponges de toutes sortes;

Cadmium sous toutes ses formes.

Toutefois, des exceptions à cette disposition pourront être autorisées sous les conditions qui seront déterminées par le ministre des finances.

Remise de denrées monopolisées par l'entremise des cantons

(Arrêté du Conseil fédéral du 2 février 1917.)

Article premier. Dans le but d'obtenir une répartition équitable entre les consommateurs et de faciliter l'exécution des mesures propres à limiter la consommation, le Département militaire suisse est autorisé à livrer exclusivement aux autorités cantonales les denrées alimentaires dont l'importation est monopolisée.

Art. 2. Les livraisons seront effectuées par contingents mensuels. Elles dépendront de l'importance des importations et des réserves.

Dans la fixation du contingent mensuel livrable à chaque canton, il sera tenu compte, en dehors du chiffre de la population, des besoins particuliers des différentes parties du pays.

Art. 3. Pour la répartition des marchandises qui leur auront été livrées, les autorités cantonales recourront, dans la mesure du possible, aux organisations commerciales existantes. Elles tiendront compte notamment du commerce de détail.

Art. 4. Les autorités cantonales sont tenues d'édicter les mesures propres à assurer une répartition équitable de ces marchandises dans la population.

Les mesures prises par les cantons doivent être soumises à l'approbation du Conseil fédéral.

Art. 5. Celui qui contrevient aux prescriptions édictées par les autorités cantonales en vertu de l'article 4, sera puni de l'amende jusqu'à 10,000 francs ou de l'emprisonnement jusqu'à 3 mois. Les deux peines peuvent être éumulées.

La première partie du Code pénal de la Confédération suisse, du 4 février 1853, est applicable. La poursuite et le jugement des contraventions sont du ressort des autorités cantonales.

Art. 6. Le Département militaire est autorisé, de même que le Département politique et le Département de l'économie publique, à or-

donner l'inventaire et le séquestre de marchandises dans le sens de l'arrêté du Conseil fédéral du 11 avril 1916 concernant l'inventaire et le séquestre de marchandises, principalement pour les marchandises qu'il cède aux cantons pour la revente.

Art. 7. Le Département militaire est chargé de l'exécution du présent arrêté.

Il est autorisé à prendre encore d'autres mesures d'exécution et à fixer la date de l'entrée en vigueur du présent arrêté.

Art. 8. Cet arrêté abroge toutes les dispositions précédentes qui lui sont contraires, notamment l'article 4 de l'arrêté du Conseil fédéral du 26 février 1916 concernant les prix maxima du riz.

Dispositions d'exécution pour l'arrêté du Conseil fédéral du 2 février 1917 concernant la remise de denrées monopolisées par l'entremise des cantons

(Du 2 février 1917.)

Article premier. L'application de l'arrêté du Conseil fédéral du 2 février 1917 est limitée, pour le moment, au sucre et au riz.

Art. 2. Sont séquestrées les réserves de sucre et de riz se trouvant le 15 février entre les mains de maisons de commerce ou de sociétés qui les ont reçues du Commissariat central des guerres. Ces réserves devront être annoncées au Commissariat central des guerres, par lettre recommandée, au plus tard jusqu'au 15 février 1917 au soir.

Sont exclus du séquestre, 500 kg. de sucre et 500 kg. de riz pour tout magasin de vente au détail des maisons de commerce qui, à côté du commerce de gros, font le commerce de détail.

Art. 3. Les contingents mensuels destinés aux cantons seront fixés par le Commissariat central des guerres en conformité de l'article 2 de l'arrêté du 2 février 1917.

Le Commissariat central des guerres annoncera aux autorités cantonales, au plus tard pour le 25 de chaque mois, quelles quantités de sucre et de riz leur seront expédiées dans le courant du mois suivant.

Art. 4. Les contingents mensuels sont destinés:

Aux besoins des ménages, des «établissements de soupces» publics ou privés, des restaurants et hôtels, des hôpitaux publics et privés, des asiles et établissements similaires;

aux besoins des boulangers et confiseurs, en tant que les produits préparés avec du sucre sont destinés exclusivement à la vente dans leurs magasins;

aux besoins des pharmaciens.

La livraison de sucre ou de riz provenant des contingents mensuels est interdite pour d'autres usages que ceux qui sont indiqués ci-dessus.

Des dispositions spéciales seront publiées en temps utile en vue de la livraison du sucre nécessaire à la nourriture des abeilles, aux besoins de la vendange et à la mise en conserve des fruits et des baies.

Art. 5. La remise de sucre et de riz pour d'autres usages que ceux qui sont indiqués à l'article 4 (usages industriels ou techniques, application industrielle) sera opérée en dehors des contingents selon décision spéciale du Commissariat central des guerres.

Les demandes relatives à la livraison de sucre et de riz par les personnes ou maisons de commerce intéressées doivent être adressées au Commissariat central des guerres.

Art. 6. Le Commissariat central des guerres livre le sucre et le riz, suivant les demandes d'expédition des autorités cantonales ou des offices chargés de la répartition, moyennant paiement comptant, par wagons complets d'une seule sorte de marchandise, aux prix maxima fixés par le Conseil fédéral ou le Département militaire suisse, franco toute station de chemin de fer qui accepte des expéditions par wagons.

Art. 7. Les autorités cantonales publieront, en tenant compte des dispositions de l'arrêté du Conseil fédéral, les instructions qui leur paraîtront opportunes en vue de la répartition des marchandises, des stations de réception, entre les commerçants de détail (épiciers, sociétés de consommation, etc.), les boulangers et les confiseurs, ainsi qu'en vue de la remise aux consommateurs.

Les autorités cantonales ont la faculté d'expédier, dès les lieux de répartition, en port dû ou franco station destinataire, les contingents attribués aux détaillants, etc. Les frais résultant de la livraison franco seront comptés dans les frais d'exploitation (voir art. 8) et répartis également entre tous les destinataires.

Art. 8. Les frais résultant de la répartition des marchandises par les cantons, la perte des intérêts du capital d'exploitation engagé et les frais de transports éventuels (voir art. 7) seront couverts par la différence prévue jusqu'ici dans les opérations de revente entre les prix maxima pour les livraisons par wagons complets et ceux du commerce de demi-gros, soit fr. 2.50 au maximum par 100 kg.

Art. 9. La réglementation des achats au moyen de cartes est laissée aux autorités cantonales. Cette réglementation doit être fixée pour tout le territoire d'un canton. On évitera de n'appliquer des mesures de ce genre qu'à certaines communes ou à certaines maisons de commerce.

Art. 10. Voir pour le surplus les prescriptions de l'arrêté du Conseil fédéral du 8 août 1916 concernant les prix maxima des céréales, des denrées fourragères, du riz, du sucre et de leurs produits, notamment le paragraphe D de l'annexe dudit arrêté.

Art. 11. Les présentes dispositions et l'arrêté du Conseil fédéral du 2 février 1917 entrent en vigueur le 15 février 1917.

Les décisions du 28 février 1916 concernant la vente du sucre et du 3 mars 1916 sur la vente et le commerce du riz seront rapportées à la date ci-dessus indiquée.

Les premières livraisons de sucre et de riz s'effectueront dans le courant du mois de février.

L'usage et le commerce de la farine panifiable

(Arrêté du Conseil fédéral du 2 février 1917.)

Article premier. Tout usage de farine panifiable pour d'autres buts que la préparation d'aliments destinés à l'homme est interdit. L'affouragement des animaux domestiques et la fabrication de denrées fourragères au moyen de farine entière sont notamment interdits.

L'emploi de la farine panifiable pour la fabrication de pâtes alimentaires est également interdit.

Exceptionnellement et dans des cas tout à fait spéciaux, le Département militaire suisse peut autoriser l'emploi de la farine panifiable pour un autre usage que celui qui est indiqué ci-dessus.

Art. 2. Les moulins qui reçoivent des céréales de la Confédération ne doivent livrer de la farine panifiable qu'aux boulangeries et pâtisseries par quantité de 100 kg. et plus, sur demande de l'acheteur.

Les moulins désirant livrer de la farine panifiable à d'autres acheteurs devront se procurer une autorisation du Commissariat central des guerres.

Art. 3. L'autorisation du Commissariat central des guerres est nécessaire pour faire le commerce de la farine panifiable. Les personnes qui

obtiennent cette autorisation ont l'obligation de tenir sur leur commerce de farine la comptabilité réglementaire et de renseigner à ce sujet les organes de surveillance. Il ne leur est permis de livrer de la farine qu'aux acheteurs qui s'engagent à ne pas en faire un usage contraire aux prescriptions.

Dans la règle, l'autorisation ne sera accordée qu'aux commerçants, sociétés, boulangeries ou pâtisseries qui ont fait jusqu'ici régulièrement le commerce de farine panifiable.

Art. 4. Aucune autorisation n'est nécessaire pour la vente au détail de la farine; toutefois, la même personne ne pourra obtenir plus de 2 kg. de farine à la fois.

Art. 5. Les contraventions aux prescriptions du présent arrêté ou aux dispositions d'exécution que pourrait encore publier le Département militaire suisse seront punies d'une amende de 25 à 10,000 francs ou de l'emprisonnement jusqu'à 3 mois. Les deux peines peuvent être cumulées.

Sont considérés comme auteurs, le vendeur et l'acheteur.

La poursuite et le jugement de ces contraventions sont du ressort des tribunaux cantonaux. La première partie du Code pénal de la Confédération suisse du 4 février 1853 est applicable.

Art. 6. Le Département militaire suisse peut refuser aux contrevenants la livraison de céréales de la Confédération et leur retirer l'autorisation de faire le commerce de la farine panifiable. Cette mesure administrative est indépendante des dispositions pénales de l'article 5 ci-dessus.

Les décisions de ce genre du Département militaire suisse peuvent, dans les 3 jours à partir de leur notification écrite, faire l'objet d'un recours au Conseil fédéral.

Le Conseil fédéral prononce en dernier ressort.

Art. 7. Les cantons ont l'obligation de contrôler l'exécution du présent arrêté.

Art. 8. Le présent arrêté entrera en vigueur le 5 février 1917. Le Département militaire suisse est chargé de son exécution.

Vente du pain frais

(Arrêté du Conseil fédéral du 2 février 1917.)

Article premier. Il est interdit de faire le commerce, de mettre en vente ou, d'une manière générale, de livrer du pain, des petits pains et des produits provenant de pâtes levées (à l'exclusion des gâteaux) le jour où ils ont été boulangés.

Art. 2. Dans toutes les boulangeries et confiseries, y compris les boulangeries et confiseries d'hôtels ou d'établissements, il est interdit de travailler à la fabrication de produits de boulangerie d'aucune sorte à partir de 11 heures du soir jusqu'à 7 heures du matin, même dans la nuit du samedi au dimanche.

Dans les cas pressants, le Commissariat central des guerres peut déplacer exceptionnellement l'interruption du travail (8 heures) ou en raccourcir la durée.

Art. 3. Les exploitations mentionnées à l'article 2 sont en principe autorisées à travailler les dimanches et jours fériés de 7 heures du matin à 11 heures du soir en tant que cela est nécessaire pour subvenir aux besoins en pain du jour suivant.

Les autorités cantonales sont autorisées à édicter des prescriptions à ce sujet.

Art. 4. Le pain, les petits pains et les produits provenant de pâtes levées, boulangés du jour même, doivent être séparés d'une manière bien apparente de ceux qui ont été préparés la veille ou précédemment. Le pain, les petits pains et les produits provenant de pâtes levées ne doivent pas être exposés dans les locaux de vente le jour où ils ont été boulangés.

Art. 5. Les boulangers sont tenus d'accorder le libre accès de leurs exploitations aux organes de surveillance et de leur fournir tous renseignements utiles.

Art. 6. Le contrôle de l'exécution du présent arrêté est laissé aux soins des autorités cantonales qui sont tenues d'exercer une surveillance constante et sévère.

Art. 7. Les contraventions aux dispositions du présent arrêté ou aux mesures d'exécution que le Département militaire suisse pourrait encore prendre, seront punies d'une amende de 25 à 10,000 francs ou de l'emprisonnement jusqu'à 3 mois. Ces deux peines peuvent être cumulées.

La poursuite et le jugement des contraventions sont du ressort des autorités cantonales. La première partie du Code pénal de la Confédération suisse du 4 février 1853 est applicable.

Art. 8. Le Département militaire suisse peut suspendre, pour une durée déterminée, partiellement ou totalement, la fourniture de farine aux contrevenants. Cette mesure administrative est indépendante des dispositions pénales de l'article 7 ci-dessus.

Les décisions de ce genre du Département militaire suisse peuvent, dans les 3 jours à partir de leur notification écrite, faire l'objet d'un recours au Conseil fédéral.

Le Conseil fédéral prononce en dernier ressort.

Art. 9. Le présent arrêté entrera en vigueur le 15 février 1917. Le Département militaire suisse est chargé de son exécution.

Les prescriptions contraires édictées par la Confédération ou par les cantons cessent d'être en vigueur durant la période d'application de la présente ordonnance.

Achat des denrées alimentaires

(Arrêté du Conseil fédéral du 2 février 1917.)

Article premier. Celui qui achète et accumule des denrées alimentaires par quantités dépassant ses besoins normaux courants, celui qui, en qualité de vendeur, prête sciemment la main à de pareils achats,

celui qui contrevient aux prescriptions édictées par les gouvernements cantonaux à teneur de l'article 2, sera puni de l'amende jusqu'à 10,000 francs et de l'emprisonnement jusqu'à 3 mois. Les deux peines peuvent être cumulées.

Le tribunal peut prononcer la confiscation des marchandises accumulées.

La première partie du Code pénal fédéral du 4 février 1853 est applicable. La poursuite et le jugement des délits sont du ressort des cantons.

Art. 2. Les gouvernements cantonaux sont tenus de prendre des dispositions propres à empêcher l'accaparement et l'accumulation de marchandises. Ils doivent notamment surveiller la vente des denrées alimentaires, contrôler la mesure des quantités livrées et édicter des prescriptions empêchant la constitution de stocks extraordinaires.

Art. 3. Le présent arrêté entre immédiatement en vigueur. Le Département militaire et le Département de l'économie publique sont chargés de l'exécution.

Annoncen-Regie:
PUBLICITAS A. G.

Anzeigen — Annonces — Annunzi

Régie des annonces:
PUBLICITAS S. A.

Kapitalisten

Von einer bekannten, soliden und prosperierenden Schweiz. Aktiengesellschaft der Lebensmittelbranche werden an seriöse Kapitalisten, welche die Titel als dauernde Kapitalanlage zu erwerben beabsichtigen, infolge Verschiebungen im bisherigen Aktien-Besitz

zwei Beteiligungen von je Fr. 250,000
oder **vier Beteiligungen von je Fr. 125,000**

zu vorteilhaften Bedingungen abgegeben. ::
Erstklassige Bank-Referenzen. :: Diskretion
zugesichert und verlangt. :: :: ::

Schriftliche Offerten unter Chiffre A 841 Lz an die
Publicitas A.-G., Luzern. 202:

Zu baldigem Eintritt **gesucht** tüchtiger, zuverlässiger

Angestellter

für Buchhaltung, Korrespondenz und Reise. Verlangt wird perfekt deutsch und französisch und wenn möglich gute Kenntnisse der Bureau- oder graphischen Branche. Kapital-Einlage von Fr. 10,000—15,000 erwünscht. Es wird nur auf eine gut empfohlene Vertrauensperson reflektiert.

Anmeldung unter Angabe des Alters, der Gehaltsansprüche und Militärverhältnisse sind mit Zeugnisbeilagen unter Chiffre N 838 Y an PUBLICITAS A. G. Bern zu richten. 250 l

Seifenfabrik Lenzburg A.-G.

Lenzburg

Die Herren Aktionäre werden hiermit zur

ordentlichen Generalversammlung

eingeladen

auf Samstag, den 17. Februar 1917, nachmittags 3 Uhr
im Hotel Krone in Lenzburg

Traktanden:

1. Vorlage des Jahresberichtes mit Gewinn- und Verlustrechnung und Schlussbilanz.
2. Beschlussfassung über die Verwendung des Reingewinns. Decharge-Erteilung an Verwaltungsrat und Direktion.
3. Wahl des Verwaltungsrates und der Kontrollstelle.

Die Eintrittskarten zur Generalversammlung werden gegen den Aktienausweis und unter Angabe der Nummern spätestens 1 Tag vor der Versammlung im Bureau der Gesellschaft ausgegeben, wo auch den Herren Aktionären ab 10. Februar der Geschäftsbericht zur Einsicht offen liegt.

Lenzburg, den 2. Februar 1917.

(760 Q) 253:

Der Verwaltungsrat.

Laboratoires Sauter

(Société par actions)

Genève — Paris — Bellegarde (Ain)

MM. les actionnaires sont convoqués en

assemblée générale ordinaire

pour le **mercredi 21 février 1917, à 5 heures de l'après-midi**, aux **Laboratoires Sauter**, 57, Rue de Lyon, Genève

ORDRE DU JOUR:

- 1° Rapport du conseil d'administration pour l'exercice 1915/1916.
- 2° Rapport de MM. les commissaires-vérificateurs.
- 3° Discussion et votation sur ces rapports et leurs conclusions.
- 4° Election d'un administrateur.
- 5° Nomination des commissaires-vérificateurs pour l'exercice 1916/1917. (619 X) 252 l

N. B. Tout actionnaire a le droit d'assister à l'assemblée générale moyennant le dépôt de ses actions 5 jours auparavant à la caisse de la société ou au Comptoir d'Escompte de Genève.

Dès le 10 courant, le bilan, le compte de profits et pertes et le rapport des vérificateurs des comptes seront à la disposition des actionnaires au siège de la société.

Genève, le 5 février 1917.

Le conseil d'administration.

Porzellanfabrik Langenthal A.-G.

Ordentliche Generalversammlung der Aktionäre

Freitag, den 16. Februar 1917, nachmittags um 4 Uhr
im Restaurant Meister in Langenthal

Traktanden:

1. Abnahme des Geschäftsberichtes und der Rechnung pro 1916. Bericht der Rechnungsrevisoren. Entlastung der Verwaltungsorgane. Verwendung des Jahresergebnisses.
2. Wahl der Rechnungsrevisoren pro 1917.
3. Unvorhergesehenes.

Bilanz und Bericht des Verwaltungsrates und der Rechnungsrevisoren liegen 8 Tage vor der Generalversammlung im Bureau der Fabrik zur Einsicht der Aktionäre auf.

Die Aktionäre haben sich an der Generalversammlung durch Eintrittskarten auszuweisen. Diese sind vor der Generalversammlung beim Sekretär der Gesellschaft, Herrn Notar Spycher, oder im Fabrikbureau gegen gehörigen Ausweis über den Aktienbesitz zu beziehen.

Eine Vertretung ist nur durch Aktionäre statthaft.

Langenthal, den 1. Februar 1917.

228:

Namens des Verwaltungsrates,

Der Präsident: **Arnold Spychiger.**

Der Sekretär: **E. Spycher, Notar.**

BÜRO BEDARF
Marke  **SCOBEO**
Stimmemann u. Co Zürich.

(558 Z)

182:

„Rigi“ A.-G. Zürich

Einladung zur ordentlichen Generalversammlung

auf Dienstag, den 20. Februar 1917, vormittags 11 Uhr
Versammlungslokal: **Gaugerstrasse 4, Zürich 6**

TRAKTANDEN:

1. Abnahme der Jahresrechnung.
2. Bericht der Kontrollstelle.
3. Verfügung über das Geschäftsergebnis.
4. Wahl des Verwaltungsrates.
5. Wahl der Kontrollstelle.

248 l

Zürich, den 3. Februar 1917.

Der Verwaltungsrat.

Basler Löwenbräu in Liq.

Einladung zur Generalversammlung der Aktionäre

auf Donnerstag, den 22. Februar 1917, nachm. 4 Uhr
Aeschengraben 2, Basel

TRAKTANDEN:

1. Abnahme bzw. Genehmigung der Jahresrechnung und Bilanz per 30. September 1916.
2. Decharge an die Liquidationskommission.

Aktionäre, welche an der Generalversammlung teilzunehmen wünschen, haben ihre Aktien oder Depotbescheinigungen über dieselben spätestens am 3. Tage vor dem Versammlungstage bei der Schweizerischen Treuhandgesellschaft in Basel zu hinterlegen.

Die Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung liegen vom 13. Februar an im Bureau, Aeschengraben 2, Basel, zur Einsicht der Aktionäre auf.

249 l

Die Liquidationskommission.

Annuaire du Commerce Suisse

Chapalay & Mottier (S. A.)
Genève

MM. les actionnaires sont convoqués en assemblée générale pour le **lundi 19 février 1917, à 4 heures**, au siège social, Genève, Rue de St. Jean 45.

ORDRE DU JOUR:

- Rapport du conseil d'administration. 242 l
Rapport du commissaire-vérificateur. (588 X)
Votations sur ces rapports.
Nomination d'un commissaire-vérificateur pour 1917.

Art. 28. Pour pouvoir être représentés à l'assemblée générale, les actions devront être déposées au siège social cinq jours au moins avant la réunion. Le dépôt des titres pourra toutefois être remplacé par des certificats délivrés par les maisons de banque détentrice des titres.

Handels-Auskünfte

Renseignements commerciaux

Schweiz. Verband Creditreform
(Vereinigung gegen schädliches Creditgeben)

Union suisse „Creditreform“
(Ligue contre l'abus du crédit)
Gegründet 1888
Fondée en 1888

Aarau: E. Hoffmann & Sohn.
Aitdorf: J. Walker-Lussl.
Basel: Stelmeier & Cie.
Bern: R. Wetter-Kofmel.
Biel: G. Fehlmann.
Burgdorf: E. Howald.
Chaux-de-Fonds: Paul Robert.
Chur: Chr. Meull.
Davos-Platz: P. Steiner.
Einsiedeln: B. Trinkler.
Fleurier: P. E. Grandjean.
Frauenfeld: U. Thalman & Sohn.
Genf: John Grobet.
Glarns: P. Schmid & Sohn.
Herisau: Jobs. Donzé.
Langenthal: E. Spycher.
Lausanne: E. Cavin.
Locarno: J. Rutishanser.
Loche: H. Rosset.
Lugano: Otto Schäfle.
Luzern: L. Widmer.
Mendrisio: Rinaldo Borella.
Monthey: A. Défago.
Neuchâtel: Robert Legler.
Nyon: L. Badel.
Reinach-Menziken: H. Habermacher, in Pfaffikon.
Samaden: P. Gort.
Sion: F. Maret.
St. Gallen: Otto Banmann.
Ste-Croix: H. Addor.
Schaffhausen: Schärer & Rühl.
Solothurn: Dr. Aug. Pfleger.
Vevey: Alois Jordan.
Waltwil: M. Tschudi-Grob.
Weinfelden: Paul Thurnheer.
Winterthur: Jean Diener.
Yverdon: Wm. Gilliland.
Zofingen: Max Hauri.
Zug: Alois Hotz. (3473 Z) 1986.
Zürich: Hermann Peter.

KASSEN
Erdbebensichere
Stahlkammeranlagen
gesetzl. geschützt
Panzer Türen :: Safes
Unionskassenfabrik
B. Schneider, Zürich

Automat-Buchhaltung

richtet ein 1 (151 Z)
Hermann Frisch, Bücherexperte
Zürich 6, Neuen Beckenhofstr. 15